

Über das Wechselverhältnis zwischen dem marxistischen Grundstudium und dem Fachstudium

Die nachfolgend veröffentlichten Überlegungen zu dem oben genannten Problem wurden aus von Mitarbeitern des Instituts für Marxismus-Leninismus unserer TH zur Verfügung gestellt. Sie wurden im Auftrage des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen erarbeitet. Redaktion

Der umfassende Aufbau des Sozialismus und die Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik erfordern mit Notwendigkeit ein neues Wechselverhältnis zwischen dem marxistisch-leninistischen Grundstudium und dem Fachstudium herauszubilden. Das gilt allgemein für alle, besonders aber für naturwissenschaftlich-technische Universitäten, Hoch- und Fachschulen und Fakultäten. Für diese Bildungseinrichtungen ist die Herstellung des genannten Wechselverhältnisses in der Praxis der Lehre, des Studiums und der Forschung u. v. m. vor allem aus folgenden Gründen unerlässlich:

Erstens, um die Lehre, Studium und Forschung mit den objektiven gegebenen Entwicklungstendenzen der modernen Wissenschaften, die die Grenzen zwischen den Naturwissenschaften, den technischen Wissenschaften und den Gesellschaftswissenschaften immer fließender machen, in Übereinstimmung zu bringen.

Zweitens, um der unabwehrbaren Tatsache bestmöglich zu entsprechen, daß der Marxismus-Leninismus seinen Wesen nach sowohl die wissenschaftlich-weltanschauliche als auch die methodologische Grundlage aller Menschen ist, die gleich auf welchem Spezialgebiet, im Sozialismus-Kommunismus bauen.

Drittens, um dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die Entwicklung der künftigen Ingenieure in der Praxis erwarten, zunehmend komplex werden und von ihm, neben einem festen Klassenstandpunkt, korrespondierende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten im naturwissenschaftlich-technologisch-konstruktiven, im ökonomischen und soziologischen und im politisch-ideologischen Bereich verlangen.

Aus dem Gesagten wird zunächst offensichtlich, daß die Sicherung des Wechselverhältnisses von marxistisch-leninistischen Grundlagen- und Fachstudium in der Praxis keine einseitige, nur den Gesellschaftswissenschaften obliegende Aufgabe sein kann, die durch eine sogenannte Fachbezogenheit des Grundlagensstudiums oder gar durch seine Subordination unter die naturwissenschaftlich-technischen Hauptfachrichtungen zu erfüllen ist. Wir sprechen betont von einem Wechselverhältnis. Und wenn schon, wie recht häufig noch üblich, die Rede von „Fachbezogenheit“ ist, dann muß man sie im gleichen Maße wie vom marxistisch-leninistischen Grundlagensstudium gegenüber den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen auch von diesen gegenüber dem marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften erwarten.

In Verwirklichung dieser Forderung wäre z. B. schon viel getan, wenn in den Lehrveranstaltungen der naturwissenschaftlich-technischen Fächer die gesellschaftswissenschaftlichen, insbesondere die ökonomischen und philosophischen Aspekte, die mit der Fachproblematik untrennbar verbunden sind, angesprochen, herausgehoben und in ihrer Bedeutung für den zukünftigen Ingenieur gewürdigt werden. Dabei wird noch gar nicht daran gedacht, daß die sich abzeichnende gesellschaftswissenschaftliche Problematik auch in naturwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen grundsätzlich geklärt werden könnte. Denn schon die oben genannten Aufgaben zu verwirklichen, wird für die Vertreter dieser Disziplinen nicht weniger schwierig sein als für die Gesellschaftswissenschaftler die Herstellung der von ihnen geforderten Fachbezogenheit.

In dem oben wie in dem anderen Falle wird nur eine enge Zusammenarbeit zwischen Technik-, Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern zu erwarten sein. Diese Zusammenarbeit ist deshalb das Alpha-Omega der Sicherung des Wechselverhältnisses zwischen marxistisch-leninistischem Grundstudium und Fachstudium. Sie darf sich nicht, wie bisher zumeist, nur auf Fragen der Erziehung beschränken. Sie muß die Problematik der Ausbildung und Forschung gleichermaßen einbeziehen.

Für die Sicherung und Herstellung des in Frage stehenden Wechselverhältnisses macht sich bezüglich des marxistisch-leninistischen Grund-

lagensstudiums in erster Linie erforderlich, den Inhalt der Lehrveranstaltungen stärker zu spezifizieren und bis zu einem gewissen Grade auf politisch-ideologische und wissenschaftlich-theoretische Probleme zu konzentrieren, die im Zusammenhang mit der späteren beruflichen Tätigkeit der Studenten stehen. Dabei kann natürlich nicht jede spezielle Fachrichtung, sondern nur die Hauptfachrichtung berücksichtigt werden, die in der Regel mit einem Fakultätsbereich übereinstimmen wird. Auch wird nicht die Industrie als Ganzes, sondern werden nur ihre führenden Zweige dafür in Betracht kommen.

Eine solche Spezifizierung und Konzentration wird nicht selten mit der Möglichkeit begründet, die Studenten über das Ansprechen spezifischer Berufsinteressen zu einem bewußteren Studium des Marxismus-Leninismus zu führen. Obgleich Erfahrungen immer wieder lehren, daß ein solches Interesse sich bei vielen Studenten erst im Laufe der letzten Studienjahre herausbildet und deshalb nicht immer anknüpfungsbereit bei Eintritt des Studiums, gleichsam a priori, gegeben ist, kann man auch eine solche Begründung gelten lassen.

Das um so mehr, als die Erfahrung gemacht werden konnte, daß es in der Tat eine Wechselwirkung zwischen gebotener Interesse an der Fachproblematik und gesteigertem Bemühen gibt, über damit im Zusammenhang stehende gesellschaftswissenschaftliche Fragen Klarheit zu erlangen. Doch scheint uns der entscheidende Gesichtspunkt für die Spezifizierung und Konzentration des Grundlagensstudiums, die Notwendigkeit zu sein, die Studenten besser als bisher befähigen zu müssen, den Marxismus-Leninismus vor allem auf dem Gebiet anzuwenden zu können, auf dem sich später ihre entscheidende gesellschaftliche Tätigkeit im Rahmen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der Durchführung der wissenschaftlichen Revolution entfalten muß.

Ohne sich zumeist zu weit von dem spezifischen Lehrgegenstand entfernen und andererseits, Fachprobleme nur als illustrierende Beispiele in der Lehre des Marxismus-Leninismus verwenden zu müssen, erscheint die genannte Spezifizierung und Konzentration in der marxistisch-leninistischen Philosophie und in der politischen Ökonomie möglich. Das politische auch die guten Ansätze, die es in dieser Hinsicht vor allem in unserer Abteilung dialektischer und historischer Materialismus gibt. Eine entscheidende Grundlage für diese Ansätze war die enge Zusammenarbeit der Genossen dieser Abteilung mit Wissenschaftlern der Hauptfachrichtungen an unserer Hochschule. Den Rahmen für die Zusammenarbeit bildete der Arbeitskreis „Erkenntnistheoretische, logische und methodologische Probleme der Ingenieurität“, der vom Leiter der Abteilung Philosophie im Leben gerufen und geleitet wurde. Ergebnisse der Diskussion in diesem Arbeitskreis konnten wiederholt für Vorlesungen und Seminare nutzbar gemacht werden.

Die Erfahrungen unserer Abteilung dialektischer und historischer Materialismus besagen, daß es an technischen Hoch- und Fachschulen richtig ist, in starkem Maße als bisher erkenntnistheoretische und methodologische Probleme sowie Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu behandeln. Insbesondere geht es um eine ausführliche Darstellung der Gesetze und Methoden der Theoriebildung und Wahrheitsfindung. Dies gilt allerdings nicht allein für die Probleme, die im engeren Sinne das Ausbildungsziel der Studenten betreffen, sondern auch hinsichtlich allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze. Zum Problembereich der wissenschaftlich-technischen Revolution müßten etwa folgende Themen umfassender behandelt bzw. neu in die Lehrkonzeption aufgenommen werden:

1. Kritik der bürgerlichen Technikverständnis, verbunden mit der Entwicklung einer marxistischen Technikkonzeption.

2. Die Dialektik Produktivkräfte - Produktionsverhältnisse unter dem (Fortsetzung auf Seite 3)

Der „Zorn der jungen Männer“ wider die CDU-„Bildungsmuffel“ und die kalten Krieger

Die Kundgebung am 1. Juli von über 50.000 Studenten in etwa hundert Städten der Bundesrepublik kann man schon einen „Paukenschlag“ gegen den Bildungsnotstand nennen. Es war das erste Mal, daß die akademischen Bänder in so großer Zahl und derart einseitig den Mißstand der Bildung in dem ökonomisch gut situierten „Wirtschaftswunderlande“ vor der Öffentlichkeit demonstrierten.

Die Aktion lieferte der westdeutschen Presse haufenweise Schlagzeilen. Die CDU fühlte sich getroffen, und ihre Prominenten reagierte heftig. Die Methode, den Studenten „eifersüchtige Motive“ und das „Streben zum Staatspräsidenten“ zu unterstellen, erwies sich als unglücklich.

Das Forderungsprogramm des VDS wurde öffentlich verkündet. Es enthielt zwar das Verlangen nach Verbesserung der Studienbedingungen, die Mehrheit der 10 Punkte war jedoch auf die allgemein erforderlichen Schritte zur Behebung des Bildungsnotstandes gerichtet: Aufbau einer differenzierten Einheitschule, planmäßige Entwicklung und Finanzierung des Bildungswesens, Aussetzung der Begabungsbeschränkung, mehr Arbeitsstellen auf den Hochschulen. Es ging also um größere Probleme, um die Aktivierung der Öffentlichkeit und die nachdrückliche Aufforderung an die Regierenden, zu ernsthaften Maßnahmen im Hinblick auf die Anpassung der Bildung an die Anforderungen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts überzugehen. Kurz: die Studenten wollten erreichen, daß man der Bildungspolitik im Bonner Bildungspakt im Jahre 1970 den Platz einräumen möge, den seine Exponenten in Festreden oder genug als „etwa Priorität“ oder „nationale Existenzfrage“ zu nennen pflegten.

Der „Professor-Kanzler“ als Notstandspolitiker

In Festtagsreden hatte Erhard von sich selbst als „Notstandspolitiker“ bezeichnet, daß die Bildungsfrage im 20. Jahrhundert in ihrer Wichtigkeit der sozialen Frage im 19. Jahrhundert gleichkäme. Professoren und Studenten hofften damals, daß mit dem neuen Bundeskanzler - der sich mitunter ebenso launig als „Akademiker“ und „den hohen Schulen eng verbunden“ bezeichnete - bessere Zeiten für Wissenschaft und Bildung im Anzuge seien. Die Illusionen verfliegen alsbald. Die Realisierung der Denkschriften und Reformprogramme zog sich hin und langsam hin, neue Erhebungen wiesen die vorliegenden Projekte als überholt, weit unzureichend gegenüber den neuen Anforderungen, aus. Im Schulwesen änderte sich kaum etwas, und überhaupt bewiesen die Kultur- und Wissenschaftsdebatten vor dem leeren Bundesparlament sowie die Kürzung der Wissenschaftsmittel für den 1968er Etat, was die CDU-Regierung von einer Priorität der Bildung tatsächlich ließ.

Der Unmut darüber konnte man den Lesungen der Demonstrationen ablesen. Man hätte in allen Reden der Professoren und Studentenvertreter, trotz der von ihnen meist gelübten Mäßigkeit und Zurückhaltung in der Kritik, der Westdeutsche VDS-Landesvorsitzende sagte: „Wir haben den Deklamationen unserer Politiker lange Glauben geschenkt. Wir haben uns geirrt und sind enttäuscht. Wir Studenten fordern in der Frage des Bildungsnotstandes von unseren Politikern dieselbe Leidenschaft, die sie kürzlich bei anderen Notstandsfällen entwickelt haben.“

Es ist natürlich ein Ärgernis für die CDU und ihre regierenden Exponenten, daß Professoren und Studenten immer häufiger ausgesprochen, daß sie die Prozedur und Exekution der Bonner Politik für gar nicht in Ordnung halten. Große Eile bei der Durchsetzung des Notstandsgesetzes - lange Warte bei der Hebung des Bildungsnotstandes; ständige Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Militarisierung (die Notstandsgesetze bringen wieder erhebliche Mehrausgaben mit sich) - Stagnation und rigorose Kürzung der Mittel für Wissenschaft und Bildung.

Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge setzt sich langsam durch. Der Notstandspolitiker ge-

mäß noch zu langsam. Sie trat auch bei der Aktion noch zögerlich deutlich in Erscheinung. Es gab solche Losungen: „Statt Notstandsgesetze - Bildungsnotstandsgesetze“ oder „22 Milliarden für die Bildung - wieviel für die Bildung?“

Doch in den Reden der Professoren und Politiker wurden diese Probleme, die zu den Ursachen führen, fast durchweg umgangen. Die Kritik an der Bildungspolitik war häufig, fundiert mit Zahlen und Fakten über den ungenügenden Leistungsstand der Bildungsinstitutionen. Es wurden richtige Forderungen gestellt, was sofort getan werden müßte, wenn die Bundesrepublik nicht zum „Land der geteilten Kleingärten“ absinken sollte. Bis 1970 seien mindestens 40 Milliarden Mark aufzubringen, um eine flühbare Veränderung zu erreichen. Doch woher das Geld kommen sollte, das konnten oder wollten die meisten nicht angeben. Darauf wollten auch die SPD-Politiker keine Antwort bzw. wollten sie nicht geben. Eher forderte zwar ein „Erhöhung der Bildungsinvestitionen von 3,3 auf 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes“, sagte aber nicht, auf welche Weise sich die SPD eine Realisierung vorstellt. Einige plädierten für eine Steuererhöhung, andere für Kürzung der Sozialausgaben. Nur wenige wagten es, auch von einem Entziffern oder einer Streichung des Wehretats zugunsten des Bildungsetats zu reden, unter ihnen der Westdeutsche Ordinarius für Psychologie, Prof. Dr. Ulrich.

Doch bereits die maßvolle Kritik der CDU in der „akademischen Grenzen“ verlaufenden Demonstrationen (ein „Sturm auf die Bastille“ hatte ohnehin niemand erwartet) zeigten dennoch einige Wirkungen namentlich bei der CDU und der Regierungsprominenten. Just in dem Moment, als auf dem Bonner Münsterplatz die Studenten ihren Kanäler der „formierten Gesellschaft“ die Grabschrift setzten: „Sag, Ludwig, wie heißt das mit der Bildung“, stellten, nannte dieser, wenige Schritte vom Kundgebungsort entfernt, die Bildungspolitik „diskussionsschicht und geräuschvoll einen ungeheuren Unfug“. Als Vorbild guter Familienpolitik empfahl er die frühere Zeit, wo sich „die ganze Familie krumm legen“ mußte, um einem Kinde das Privileg eines Studiums zu ermöglichen. Die Intelligenzlichkeit des Kanälers und der herrschenden Monopolklasse hatten die 213 Professoren bereits zu spreng bekommen, indem man ihnen die politische Mündigkeit schlankwegs absperrte.

Des Kanälers Minister bliesen in das gleiche Horn: Forschungsminister Lenz kleidete seine verächtliche Herablassung gegenüber der Aktion in die „eigentliche“ Bemerkung, daß „der Schweiß der Edlen dem Zorn der jungen Männer immer noch überlegen“ sei. Innenminister Höcherl, der gern „etwas außerhalb der Legalität“ wandelt, sich jedoch äußerste sah, auf die Veränderung der Aktion nachdrücklicher hinzuwirken, beschwor ein drohendes Verhängnis, wenn die „Bildungsdiskussion weiter politisiert“ wird und unter den Druck einer ungeduldrig werdenden Öffentlichkeit gerät.

Die Monopolpresse bogotellisiert

Diverse Presseorgane streuen Behauptungen aus: Die Aktion sei nicht so ernst zu nehmen, es habe keine „schritten Töne“ gegeben, nur eine „Minderheit“ der Studenten habe sich beteiligt, die Professoren und Spielballen hätten sich gegen die Redner zur Verfügung gestellt, damit die Sache in akademischer Form und mit maßvollem Inhalt vor sich ginge. Das Volk habe immer Notiz genommen, es sei also gar nichts Besonderes passiert.

Wenn auch die Ursachen und die Verantwortlichen für den Bildungsnotstand nicht deutlicher bei Namen genannt und die „Personen ungewisser Wohnsitzlosigkeit“, wie die „Frankfurter Rundschau“ schrieb, nicht überschrieben werden, so fühlten sich doch diejenigen getroffen, die ganzheitlich waren. In der „Bonner Rundschau“ konnte man u. a. folgendes dazu nachlesen:

„Wenn er (gemeint ist der VDS, K. B.) die bestehenden Verhältnisse im Bildungswesen kritisiert, so wie sie in den vergangenen 20 Jahren gewachsen sind - wenn gilt die Kritik dann sonst als von allem der Bundesregierung? Aber wen anders sollte der VDS wohl kritisieren, die Schulen etwa, oder die Eltern, die Arbeiter, eine imaginäre „Öffentlichkeit“? Man kritisierte die „Bildungsmuffel“ der CDU, die Bildungsfreundlichkeit der Spitzen der westdeutschen Monopolgesellschaft. Die Studenten wollten was sie taten, als sie z. B. den Forschungsminister Lenz erst gar nicht als Redner einladen und den CDU-Fraktionschef Barzel korrespondierend wieder absagten. Dafür sah man in einigen Orten auch Vertreter der Gewerkschaften, die als Heiner auftraten (z. B. in Westberlin und Freiburg), an den Kundgebungen teilzunehmen und auf andere Weise ihre solidarische Unterstützung bekundeten. Und nun lästert die christlich-demokratische Presse über die „einseitige Orientierung“ der Studenten und unterstellt dem VDS, daß er „vielleicht auf ein neues Pferd setze, daß das Derby noch keineswegs gewonnen habe. Was die CDU am stärksten an der Sache empfindet, sprach der „Aberlinische Merkur“ aus: „In einigen Hochschulstädten hat man unangebrachten Polemiker nicht vernommen, leider!“ In München fand sich auf einem Transparent die fürchte Redung „Konkordat plus Zwergschulen gleich Mittelalter“. Oder: In einem Heidelberger Studenten-Extraktat ... wird scharf gegen die Notstandsgesetzgebung geschossen; man lamentiert, daß „aus Düsseldorf-Pagnum 2000 Mark koefel“; die „Bonner Bildungspolitik“ wird mit dem Bildungsnotstandstragen verurteilt.“

„Der Bundespräsident ist in einer Zwergschule - man merkt

es“, so quitierten die Sprechköpfe der Studenten am 1. Juli die geläufige Qualität ihres Staatsobehaupten.

Kampf gegen Bildungsnotstand - ein Teil des Kampfes um Demokratie

Gegenüber den Äußerungen Lübkes, Höcherls und anderer, die die Auflösungsetzung als Schulpunkt einer 12jährigen positiven Wirkungszeit des Ausschusses (man tut so, als sei sein Programm bereits verwirklicht und seine Existenz folglich nicht mehr nötig) darzustellen versuchten, sprach Prof. Dr. Picht in seiner Rede vor den Heidelberger Studenten am 1. Juli die Wahrheit aus, die sich gegen die CDU, ihre Politik und Regierung richten mußte: „Schon vor zehn Jahren hat der „Deutsche Ausschuss“ festgestellt, daß unser Bildungswesen den Erfordernissen der modernen Gesellschaft nicht mehr gewachsen ist. Hätte man ... rechtzeitig nach den Empfehlungen des Ausschusses gehandelt, so wäre die heutige Demonstration nicht nötig. Aber der „Deutsche Ausschuss“ ist politisch an der Interesslosigkeit der Regierung und Parlamente gescheitert. Inzwischen sind wir in die erste Phase des westdeutschen Bildungsnotstandes wirklich eingetreten ... Trotzdem hat die Mehrheit der politischen Führung aller Parteien noch nicht begriffen, was auf dem Spiel steht.“

In der bereits genannten Rede sprach Professor Picht aus, wie es aus der Sicht des Bildungswesens mit der westdeutschen „Demokratie“ bestellt ist: „Die Wahrheit ist, daß wegen der Vernachlässigung unseres Bildungsprozesses tragende Grundrechte unserer Verfassung Tag für Tag verletzt und mißachtet werden. Die Wahrheit ist, daß eine kleine Schar von Sachverständigen, die sich bemühen, dem Rückstand ... zu überwinden ... immer wieder demotiviert und im Stich gelassen wurden.“

„Die in Aktion getretenen Studenten und ihre Professoren tun nur recht daran, sich weiterhin mühsam zu bemühen und ihren Regierenden auf die Finger zu zeigen.“

Zu gleicher Zeit mit der Aktion gingen zwei Ereignisse über die Bühne: In Bochum feierte man mit großer Publicity die Eröffnung der Ruhr-Universität. Man beging dies Ereignis als großes Beispiel für die Förderung der Wissenschaft. In eingeweihten Kreisen weiß man jedoch, daß es ein Zehntel des Projektes fertig und die übrigen voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren (1) vollendet sein werden, daß man folglich weder das Problem der Überfüllung gelöst noch eine umwerfende Reform vollzogen hat. Der „Hochschul-Dienst“ sagt ziemlich nüchtern, daß „das Tempo des Ausbaus zu verhalten bleibt“ und die vier Neugründungen der Disziplin in der Laufzeit von bisher fünf Jahren „nur auf dem Papier erfüllt“ wurden.

Im Gegensatz zur launischen Bochumer Feier ging am 1. Juli in Bonn die Aufführung des „Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen“ als melancholische Feierstunde in aller Stille, von den meisten Presseorganen nur in kleinen Stichen kommentiert, vor sich.

Bundespräsident Lübke ließ es sich nicht nehmen, in seiner Ansprache wiederum mit einer bemerkenswerten geistigen Leistung aufzutreten. Nachdem er bereits vor kurzem seine Sympathie für die Zwergschulen auf dem Lande öffentlich bekundet und sich als Beispiel für die „Aufstiegchancen“ eines ehemaligen Zwergschülers empfohlen hatte, grüßte er erneut den „hohen pädagogischen Wert“ der Zwergschulen und empfahl, die „Zusammenführung von Zwergschulen auf dem Lande nicht zur Regel“ zu machen. Das mußte vor diesem Gremium um so insinuativer wirken, als der „Deutsche Ausschuss“ bereits 1969 einen Rahmempfehlung zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des Schulwesens vorgelegt hatte, der damals von der CDU heftig befürwortet und kategorisch abgelehnt worden war.

(Entnommen aus „Forschung - Lehre - Praxis“, August 1968.)

Kampf gegen Bildungsnotstand - ein Teil des Kampfes um Demokratie

Gegenüber den Äußerungen Lübkes, Höcherls und anderer, die die Auflösungsetzung als Schulpunkt einer 12jährigen positiven Wirkungszeit des Ausschusses (man tut so, als sei sein Programm bereits verwirklicht und seine Existenz folglich nicht mehr nötig) darzustellen versuchten, sprach Prof. Dr. Picht in seiner Rede vor den Heidelberger Studenten am 1. Juli die Wahrheit aus, die sich gegen die CDU, ihre Politik und Regierung richten mußte: „Schon vor zehn Jahren hat der „Deutsche Ausschuss“ festgestellt, daß unser Bildungswesen den Erfordernissen der modernen Gesellschaft nicht mehr gewachsen ist. Hätte man ... rechtzeitig nach den Empfehlungen des Ausschusses gehandelt, so wäre die heutige Demonstration nicht nötig. Aber der „Deutsche Ausschuss“ ist politisch an der Interesslosigkeit der Regierung und Parlamente gescheitert. Inzwischen sind wir in die erste Phase des westdeutschen Bildungsnotstandes wirklich eingetreten ... Trotzdem hat die Mehrheit der politischen Führung aller Parteien noch nicht begriffen, was auf dem Spiel steht.“

In der bereits genannten Rede sprach Professor Picht aus, wie es aus der Sicht des Bildungswesens mit der westdeutschen „Demokratie“ bestellt ist: „Die Wahrheit ist, daß wegen der Vernachlässigung unseres Bildungsprozesses tragende Grundrechte unserer Verfassung Tag für Tag verletzt und mißachtet werden. Die Wahrheit ist, daß eine kleine Schar von Sachverständigen, die sich bemühen, dem Rückstand ... zu überwinden ... immer wieder demotiviert und im Stich gelassen wurden.“

„Die in Aktion getretenen Studenten und ihre Professoren tun nur recht daran, sich weiterhin mühsam zu bemühen und ihren Regierenden auf die Finger zu zeigen.“

Zu gleicher Zeit mit der Aktion gingen zwei Ereignisse über die Bühne: In Bochum feierte man mit großer Publicity die Eröffnung der Ruhr-Universität. Man beging dies Ereignis als großes Beispiel für die Förderung der Wissenschaft. In eingeweihten Kreisen weiß man jedoch, daß es ein Zehntel des Projektes fertig und die übrigen voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren (1) vollendet sein werden, daß man folglich weder das Problem der Überfüllung gelöst noch eine umwerfende Reform vollzogen hat. Der „Hochschul-Dienst“ sagt ziemlich nüchtern, daß „das Tempo des Ausbaus zu verhalten bleibt“ und die vier Neugründungen der Disziplin in der Laufzeit von bisher fünf Jahren „nur auf dem Papier erfüllt“ wurden.

Im Gegensatz zur launischen Bochumer Feier ging am 1. Juli in Bonn die Aufführung des „Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen“ als melancholische Feierstunde in aller Stille, von den meisten Presseorganen nur in kleinen Stichen kommentiert, vor sich.

Bundespräsident Lübke ließ es sich nicht nehmen, in seiner Ansprache wiederum mit einer bemerkenswerten geistigen Leistung aufzutreten. Nachdem er bereits vor kurzem seine Sympathie für die Zwergschulen auf dem Lande öffentlich bekundet und sich als Beispiel für die „Aufstiegchancen“ eines ehemaligen Zwergschülers empfohlen hatte, grüßte er erneut den „hohen pädagogischen Wert“ der Zwergschulen und empfahl, die „Zusammenführung von Zwergschulen auf dem Lande nicht zur Regel“ zu machen. Das mußte vor diesem Gremium um so insinuativer wirken, als der „Deutsche Ausschuss“ bereits 1969 einen Rahmempfehlung zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des Schulwesens vorgelegt hatte, der damals von der CDU heftig befürwortet und kategorisch abgelehnt worden war.

Wenn auch die Ursachen und die Verantwortlichen für den Bildungsnotstand nicht deutlicher bei Namen genannt und die „Personen ungewisser Wohnsitzlosigkeit“, wie die „Frankfurter Rundschau“ schrieb, nicht überschrieben werden, so fühlten sich doch diejenigen getroffen, die ganzheitlich waren. In der „Bonner Rundschau“ konnte man u. a. folgendes dazu nachlesen:

„Wenn er (gemeint ist der VDS, K. B.) die bestehenden Verhältnisse im Bildungswesen kritisiert, so wie sie in den vergangenen 20 Jahren gewachsen sind - wenn gilt die Kritik dann sonst als von allem der Bundesregierung? Aber wen anders sollte der VDS wohl kritisieren, die Schulen etwa, oder die Eltern, die Arbeiter, eine imaginäre „Öffentlichkeit“? Man kritisierte die „Bildungsmuffel“ der CDU, die Bildungsfreundlichkeit der Spitzen der westdeutschen Monopolgesellschaft. Die Studenten wollten was sie taten, als sie z. B. den Forschungsminister Lenz erst gar nicht als Redner einladen und den CDU-Fraktionschef Barzel korrespondierend wieder absagten. Dafür sah man in einigen Orten auch Vertreter der Gewerkschaften, die als Heiner auftraten (z. B. in Westberlin und Freiburg), an den Kundgebungen teilzunehmen und auf andere Weise ihre solidarische Unterstützung bekundeten. Und nun lästert die christlich-demokratische Presse über die „einseitige Orientierung“ der Studenten und unterstellt dem VDS, daß er „vielleicht auf ein neues Pferd setze, daß das Derby noch keineswegs gewonnen habe. Was die CDU am stärksten an der Sache empfindet, sprach der „Aberlinische Merkur“ aus: „In einigen Hochschulstädten hat man unangebrachten Polemiker nicht vernommen, leider!“ In München fand sich auf einem Transparent die fürchte Redung „Konkordat plus Zwergschulen gleich Mittelalter“. Oder: In einem Heidelberger Studenten-Extraktat ... wird scharf gegen die Notstandsgesetzgebung geschossen; man lamentiert, daß „aus Düsseldorf-Pagnum 2000 Mark koefel“; die „Bonner Bildungspolitik“ wird mit dem Bildungsnotstandstragen verurteilt.“

„Der Bundespräsident ist in einer Zwergschule - man merkt